

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P

Beilegung des Westsaharakonflikts

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen der Vereinten Nationen für eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konfliktes in der Westsahara. Er unterstreicht erneut seine uneingeschränkte Unterstützung für den Friedensplan, den der Generalsekretär der Vereinten Nationen vorgeschlagen hat, und betont die Notwendigkeit, daß das darin vorgesehene Referendum durchgeführt wird.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß beide Seiten die Vorschläge des VN-Generalsekretärs Kofi Annan angenommen haben.

Der Deutsche Bundestag ist jedoch besorgt, daß sich bei der Durchführung des Identifizierungsprozesses für die Abstimmungsberechtigten erneut Verzögerungen oder Unterbrechungen, wie sie in der Vergangenheit stattfanden, ergeben könnten. Er fordert das Königreich Marokko und die Frente Polisario auf, mit den Vereinten Nationen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten. Der Deutsche Bundestag wünscht, daß die vorgesehenen Beratungen über die Identifizierung, die Wiederaufnahme der Planung der Rückführung der Flüchtlinge wie auch über die grundlegende Frage des Zeitplans für die Umsetzung des Friedensplans zügig verlaufen und erfolgreich zu Ende geführt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ihren Einfluß auf beide Konfliktparteien, insbesondere auf das Königreich Marokko, geltend zu machen, um die eingetretenen Verzögerungen im Friedensprozeß überwinden zu können;
- das bisherige Angebot an die Vereinten Nationen zur Verwirklichung des Friedensplans aufrechtzuerhalten, bis zu 5 Militärbeobachter und 10 Polizisten zu entsenden, sobald deutliche Fortschritte beim Identifizierungsprozeß der Wahlberechtigten für das Referendum zu verzeichnen sind.

Bonn, den 16. Juni 1999

Dr. Peter Struck und Fraktion
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen billigte am 29. April 1991 einstimmig den Westsahara-Friedensplan, der auch die Zustimmung des Königreichs Marokko und der Frente Polisario gefunden hat. Die VN-Friedensmission MINURSO konnte diesen Friedensplan der Weltorganisation bisher nicht umsetzen, weil sich die Konfliktparteien in der Frage der Durchführung des Referendums auf keinen Kompromiß einigen konnten. Zwar gelang es James Baker III im Auftrag des VN-Generalsekretärs Kofi Annan 1997 direkte Verhandlungen zwischen Marokko und der Frente Polisario zu vermitteln, dennoch sind die Friedensbemühungen erneut ins Stocken geraten.

Die jüngsten Bemühungen des VN-Generalsekretärs und seines Sonderbeauftragten sind geeignet, dem Friedensprozeß neue Impulse zu geben und der Durchführung des Referendums, das eine friedliche Lösung des Westsaharakonflikts ermöglichen soll, eine neue Chance zu geben. In seinem Bericht vom 27. April 1999 an den Sicherheitsrat hält der Generalsekretär der Vereinten Nationen den Juli 2000 als Termin für das Referendum für möglich, wenn die beiden Konfliktparteien die Protokolle über die Identifizierung und die Einspruchsverfahren sowie die ausgehandelten verfahrenstechnischen Direktiven annehmen.

Je mehr Zeit verstreicht, um so mehr Zweifel am Referendumsprozeß; selbst ein Scheitern des Friedensprozesses ist nicht völlig ausgeschlossen. Die Verlängerung des Mandates von MINURSO durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sollte von den Konfliktparteien genutzt werden, um den Friedensprozeß entscheidend voranzubringen.